

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag und Montag ein Mal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, von der Postzeitung für Deutschland 8,50 M. Für Postbezugsnehmer sämtliche Postanstalten Deutschlands entgegen. Unter Drucklegung des Verlags für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, von dem für Deutschland und Österreich 20,- M. Reaktionen, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Berlin Straße 5-7.

Die abdrucksfähige Korrespondenz über deren Name kostet 2,- M. einschließlich Postzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: Das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisverleger: Jenckem 2080, 2645, 4510 4602, 4635, 4645, 4622.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Gewaltstreich gegen Litauen

### Die Rolle Frankreichs

London, 12. Oktober.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Riga meldet zur Einnahme Wilnas durch die Polen, die Lage in Litauen überschätze augenblicklich alle Ereignisse in Europa. Der Gedanke eines polnischen Korridors durch Weißrussland, der ohne den Besitz Wilnas undurchführbar sei, stamme von Frankreich. Auch sei der Angriff auf Wilna von Frankreich inspiriert. Frankreich kommandiere sowohl an der Ostsee als auch in Südrussland. Es habe keinen Sinn, sich diesen Tatsachen zu verschließen. Der Berichterstatter fragt, ob die britische Regierung sich mit dem Korridorplan einverstanden erklärt oder dagegen Einspruch erhoben habe.

Der „Manchester Guardian“ trifft durchaus das Richtige. Die ganze Haltung Polens wird erst verständlich durch die Unterstützung, welche ihm Frankreich gewährt. Daß Frankreich seine Hände auch bei der Besetzung Wilnas im Spiele gehabt hat, kann als feststehende Tatsache gelten. Die Ziele der französisch-polnischen Imperialisten sind mit der Besetzung Wilnas noch keineswegs erschöpft. Das weitere gesteckte Ziel ist die Bildung eines Korridors nach der Ostsee. Rußland soll von Deutschland völlig abgeriegelt werden. Die Friedensvorschlüge, die in Riga gemacht worden sind und denen sich Rußland, dem Zwang der Verhältnisse gehorchend, unterwerfen will, schießen bereits Rußland von einer Verbindung mit Litauen und damit von der Möglichkeit ab, durch dieses Land einen direkten Handelsweg mit Deutschland herzustellen. Wenn auch die selbständigen Randstaaten durchaus den Wünschen der Entente-imperialisten entsprechen, so gelten ihnen diese Randstaaten doch noch nicht als der zuverlässige Schutzwall, den sie gegen Rußland brauchen. Ein wehrloses Litauen unter der Oberhoheit Polens stehend und mit einem Zugang nach der Ostsee: das erste würde die Vorherrschaft der Polen an der russischen Westgrenze sicherstellen und auch den französischen Imperialisten jene Operationsbasis verschaffen, die ihnen zur Durchführung ihrer Pläne erwünscht erscheint.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellung der Völkerverbund, der die Unabhängigkeit Litauens gewährleistet hat, zu dem Gewaltstreich der Polen einnehmen wird.

### Eine Note an Polen

St. Paris, 12. Oktober.

„Echo de Paris“ meldet: Zwischen London und Paris findet ein Gedankenaustausch über die Entsendung einer gemeinschaftlichen

Note an Polen statt, in der Warschau der Rat erteilt wird, sich gemäßigt (?) mit Rücksicht auf Wilna zu benehmen.

### Angriff auf Armenien

St. London, 12. Oktober.

„Daily Mail“ erzählt aus Konstantinopel: die russischen Aufständischen und ein russisch-tatarisch-bolschewistisches Heer unter Führung von Nuro Ben, dem Bruder Enver Paschas, hat an fünf Stellen Armenien angegriffen. Die Armenier halten bis jetzt stand, obwohl die Angreifer ihnen überlegen sind. — Die armenische Regierung hat Mustafa Kemal den Krieg erklärt. Georgien zieht Truppen zusammen, um Batum zu verteidigen.

### Der Streik in Sachsen

Beim Telegraphenamt in Chemnitz muß seit 10. Oktober vom Eintritt der Dunkelheit an bis 6 Uhr morgens der Telegraphen- und Fernsprechbetrieb infolge Mangels an elektrischem Strom und Gas ruhen, weil wegen Streiks der dortigen Gemeindegewerkschaft die Elektrizitäts- und Gaswerke ihren Betrieb eingestellt haben. — Wegen des Ausstandes der städtischen Arbeiter in Chemnitz sind die Ärzte und Zahnärzte in den Abwehrstreik getreten. — Auch die Arbeiter der städtischen Gaswerke und des städtischen Elektrizitätswerkes in Plauen sind Dienstag früh in den Ausstand getreten.

Der Streik der Ärzte ist ein so verwerfliches Unternehmen, daß es nicht scharf genug verurteilt werden kann. Man kann über die Zweckmäßigkeit eines Streiks in den Wasserwerken gewiß geteilter Meinung sein und auch die Arbeiterschaft stimmt in der Beurteilung dieser Frage nicht überein. Aber über das Recht auch dieser Arbeiterkategorie zum Streik darf kein Zweifel bestehen. Wieweit von diesem Recht — wie gesagt aus Zweckmäßigkeitsbetrachtungen — Gebrauch gemacht werden soll, das kann allein in Verhandlungen von Fall zu Fall mit den zuständigen Gewerkschaften entschieden werden. Eine „Abwehr“ durch einen Ärztestreik ist daher völlig unsinnig.

Eine neue Meldung besagt übrigens, daß die streikenden Arbeiter in Chemnitz sich nach Verhandlungen bereit erklärt haben, den Strom für das Wasserwerk als Notstandsarbeit zu liefern. Trotzdem beharren die Ärzte im „Abwehrstreik“, ein heller Wahnsinn und eine geradezu verantwortungslose Handlungsweise.

## Der erste Tag des Parteitag

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Halle, 12. Oktober.

Durch den Saal zieht sich ein breiter Gang, der die Sitze in zwei Hälften teilt. Dieser Gang ist dann Sinnbild dieses Parteitag. Es sind zwei Parteien, die hier zusammengelassen sind, zwei Parteien, die ihre Verhältnisse schon gefast haben, bevor sie noch den Saal betreten haben. Die Entscheidung des Parteitags soll erst bei der Frage der Internationale fallen und deshalb handelt es sich bisher nur um Vorpostengefächte, die mit verhaltenen Kraft geführt werden.

Die erste Nachtprobe wurde bei der Feststellung der Tagesordnung angestellt. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit dafür, daß zuerst der Geschäftsbericht des Parteivorstandes und dann die Frage der Internationale behandelt werden soll. Vergeblich wiesen einige Genossen darauf hin, daß es sich doch um einen außerordentlichen Parteitag handelt, dessen Kernstück die Internationale sei, und daß von der Beantwortung dieser Frage das künftige Schicksal der Partei abhängt. Alle Vernunftgründe scheiterten an der Wand der kompakten Majorität. Aber diese Mehrheit konnte ihrer vorher festgelegten Entscheidung nicht froh werden. Es wurde festgelegt, daß eine erhebliche Anzahl von Stimmen mehr abgeben worden waren, als Delegation überhaupt anwesend sein konnten. So mußte schließlich auf Vorschlag des Vorsitzenden Dittmann der ganze Parteitag einer Verkündung zustimmen, ohne daß auf besonderen Beschluß die Tagesordnung nach den Wünschen der Mehrheit festgesetzt wurde.

Genossin Zick, die bis zur Mittagspause den Geschäftsbericht der Parteileitung gab, wurde mit Ruhe angehört. Sie schilderte erst die Verhandlungen, die mit den revolutionären sozialistischen Parteien der anderen Länder geführt wurden, und wies die Angriffe zurück, die von Moskau aus gegen die U.S.P. gerichtet worden sind. Dann schilderte sie die organisatorische und

agitatorische Tätigkeit, die Kassenführung und die andere Tätigkeit, die von der Zentralleitung geleistet worden ist. Man mag wünschen, daß die Parteileitung mehr geleistet hätte, man kann der Meinung sein, daß insbesondere bei wichtigen Anlässen größere Aktivität hätte gezeigt werden müssen. Aber immerhin findet man in dem Bericht doch eine gewaltige Summe von Arbeit wieder, die in der Berichtszeit ausgeführt worden ist, und wenn man jetzt die beiden Lager übersteht, in die sich der Parteitag spaltet, so graut einem vor der Feststellung, daß ein gut Teil dieser Kraft nutzlos veran sein soll.

Mit künstlich hergestellter Ruhe wurde nach der Geschäftsbericht entgegengenommen. Lebhafter ging es am Nachmittag zu, als die Diskussion darüber einsetzte. Von den Freunden der Bedingungen wurde vor allem behauptet, daß die Parteileitung in den entscheidenden Situationen, insbesondere beim Kapp-Putsch versagt habe. Demgegenüber wiesen Crispin und Dittmann nach, wenn der Parteivorstand nicht entschieden genug aufgetreten konnte, so habe das daran gelegen, daß zu viel unsertige Elemente in die Parteinstanzen hineingeraten waren, die noch nicht das Einmaleins des Sozialismus und des Klassenkampfes begriffen hätten. In die Stelle von Kameradschaftlichkeit sei Treulosigkeit getreten.

So zog sich die Debatte bis zum Abend hin. Es waren vornehmlich Mitglieder der obersten Parteikörperschaften, die den Wortkampf gegeneinander bestritten. Eine Protest-Resolution der Hamburger Genossen gegen die Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten fand die einmütige Zustimmung des Parteitages. Zum Schluß der Sitzung stellte allerdings Genosse Dittmann nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt fest, daß nach dessen Behauptung keine Ausweisung vorliege.

Es liegen für Mittwoch noch 20 Wortmeldungen zu diesem Punkt der Tagesordnung vor. Heute sind die bürgerlichen Pressevertreter, die in großer Menge erschienen waren und auf Sensationen gewartet haben und besonders die Spaltung der Partei schon als sicher angesehen haben, noch nicht auf ihre Rechnung gekommen. (Sitzungsbericht in der Beilage.)

## Das Agrarprogramm der dritten Internationale

Von Dr. Wilhelm Gramsch.

Der zweite Kongress der dritten Internationale hat durch Aufstellung von Leitlinien über die Agrarfrage diesen lange vernachlässigten wichtigen Gegenstand wieder einmal in den Vordergrund des Interesses aller proletarischen Parteien geschoben und sich damit ein großes Verdienst erworben. Aber es kann doch sehr bezweifelt werden, ob das dadurch geschaffene Agrarprogramm wirklich internationale Geltung beanspruchen kann, d. h. auf alle Länder paßt. Und was viel schlimmer ist, es kann sehr zweifelhaft sein, ob das Agrarprogramm ein sozialistisches ist. Ein solches müßte zwei Fragen beantworten: 1. wie die Landbevölkerung für die proletarische Revolution gewonnen werden kann und 2. wie die Agrarverfassung in den Zustand des Sozialismus überführt werden soll. Fast nur mit der ersten Frage beschäftigen sich die Leitlinien, und zwar in der Art, daß dabei der Sozialismus nicht nur zu kurz kommt, sondern sogar fast ganz geopfert wird.

Zur Gewinnung der Landbevölkerung für die proletarische Revolution empfiehlt die dritte Internationale außer der selbstverständlichen Agitation unter den Landproletariern und den ihnen nahestehenden Halbproletariern, den Parzellenbauern, die Gewinnung der Kleinbauern, derjenigen Landwirte, die schon von ihrem Boden zu existieren vermögen, und die Neutralisierung der Mittelbauern. Beides könne erreicht werden durch die Aussicht auf Befreiung von der Zahlung des Pachtzinses, Befreiung von Hypothekenschuld, von verschiedenen Formen des Joches der Großgrundbesitzer (Wald- und Wiesenutzung) und auf sofortige Hilfe für die Wirtschaft durch Ueberlassung von Maschinen, Gebäuden der Großgrundbesitzer usw.

Haben diese Dinge mit Sozialismus irgend etwas zu schaffen? Sie sind „Bauernschutz“, wie er in den Programmen der Antifemiten, Bauernbündler und anderer Mittelstandsparteien steht und wie er auf dem Parteitag von Breslau (im Jahre 1895) in den damals vorgelegten Agrarprogrammen von der Partei glatt abgelehnt wurde.

Und man kann sich z. B. in Deutschland von den angegebenen Mitteln auch noch nicht einmal einen nennenswerten Erfolg versprechen. Man schaue sich einmal die Verhältnisse der deutschen Klein- und Mittelbauern an: Die Pacht spielt bei ihnen nur eine geringe Rolle (16,6 Prozent Pachtland bei Kleinbauern, 9 Prozent Pachtland bei Mittelbauern) und hat keinen wucherischen Charakter; die hypothekarische Verschuldung war schon vor dem Kriege eine Fabel (41,4 Prozent der Klein- und Mittelbauern schuldenfrei) und ist es durch den Krieg noch mehr geworden, ein „Joch“ der Großgrundbesitzer für Wald- und Wiesenutzung existiert nicht usw.

Es ist, als kämen die Vorschläge aus einer anderen Welt. Und sie kommen in der Tat aus einer anderen Welt, der speziell russischen. Die bis dahin leibeigenen, an die Scholle gebundenen und kein eigenes Land besitzenden russischen Bauern wurden im Jahre 1861 „befreit“, aber die „Befreiung“ brachte ihnen fast keinen Vorteil. Das ihnen als Eigentum gegebene Land war kleiner als das bisher von ihnen bewirtschaftete (3-5 Hektar im Durchschnitt des Reiches); für dies Eigentum mußten sie eine hohe Ablösungsbefreiung zahlen, die ebenso wirkte wie eine hohe hypothekarische Belastung; wegen der zu kleinen Bodenmenge mußten sie vom Großgrundbesitzer Land zupachten und dafür einen wucherischen hohen Pachtzins zahlen oder diesen auf dem Herrenlande „abarbeiten“; Wald- und Wiesenutzung mußten sie gleichfalls „abarbeiten“. Dieses Joch war allerdings drückend bis zum Zusammenbrechen der Bauern und die Befreiung von demselben sehr geeignet, sie für die proletarische Revolution zu gewinnen.

In Deutschland und wohl auch in anderen westeuropäischen Ländern ist die Aussicht dieser Mittel gleich null.

Als „sicherstes Mittel, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen“, empfiehlt die dritte Internationale Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer und einiger Großbauern unter die landbedürftigen Kleinbauern. Und für die Kolonien empfiehlt sie in den Supplementen zur Kolonialfrage Aufteilung des Bodens der Plantagenbesitzer unter die landbedürftigen Eingeborenen. In Deutschland wäre dieses „sicherste Mittel“ für den angegebenen Zweck ziemlich aussichtslos, denn über zwei Drittel des Bodens befinden sich schon in den Händen von Bauern unter 50 Hektar. Dem Sozialismus aber und auch der sozialistischen Aufklärung unter der Landbevölkerung schlägt diese Forderung geradezu ins Gesicht. Wie können wir den Bauern den Sinn für Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beibringen, wenn wir durch eine solche Forderung ihren bekannten Eigentumsstempel stärken und womöglich ihn noch kreuzen ins Blut setzen, die noch nicht ganz davon befreiten waren, den Landproletariern? Ferner würden wir durch Aufteilung nur den Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik aufhalten. Das Entscheidende aber ist, daß wir mit der Aufteilung des Landes an die Bauern unsere agrarische Entwidlung um fast hundert Jahre zurückschrauben würden. Die Aufteilung schafft einen nach unserer Auffassung rückständigen bürgerlich-demokratischen Zustand der Agrarverfah-



lung, was auch die Leitfäden (Leitfah 5, Abf. 5 und Theje 9 der Supplementheften zur Kolonialfrage) offen zugeben. Dieser Zustand besteht in allen westlichen Ländern schon seit beinahe hundert Jahren und wir würden ihn nur noch verbreitern, also die Agrarverfassung rückwärts entwickeln. Diese Empfehlung paßt also für die westlichen Länder nicht. Welchen Schaden wir aber dadurch der Entwicklung zum Sozialismus tun, ist klar.

Man wird den Einwand machen, die Aufteilung von Land sei nur für die noch halbfeudalistischen Länder, etwa die südslawischen, empfohlen worden und für die auf noch tieferer Stufe stehenden Kolonien. In den kapitalistischen Ländern werde die Erhaltung des Großbetriebes mit sozialistischer Wirtschaft empfohlen. Das stimmt nicht ganz. Absatz 6 des Leitfahes 6 sagt ganz allgemein: „In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitztümer, welche danach trachten, Land zu erhalten, kann die Verteilung des Landes sogar das sicherste Mittel usw.“ Abgesehen davon, daß hier schon der Wunsch der Kleinbauern maßgebend sein soll, gilt dieser Satz offenbar für alle Länder, und die Voraussetzungen treffen für Mittel- und Süddeutschland zu, da hier der Großgrundbesitz nur eine geringe Rolle spielt.

Dann macht man sehr häufig den Einwand, das Land solle ja gar nicht den Bauern als Eigentum gegeben werden. Zwar sagen die Leitfäden darüber nichts, aber in Rußland, wo diese Maßnahme durchgeführt ist, ist zwar durch allgemeines Dekret das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben und die Bauern dürfen das Land nicht verkaufen, aber sie genießen uneingeschränkt den vollen Ertrag des Bodens und geben Nahrungsmittel nur gegen Industrieartikel, also durch regelrechten Kauf ab. Selbst das Erbrecht, im allgemeinen aufgehoben, ist durch besondere Dekret für die Bauerngüter erhalten geblieben. So mit fast allen Tatsächlich Eigentümern des Bodens, wenn auch auf dem Papier etwas anderes steht.

Alle diese Rückschlüsse gelten jedenfalls, abgesehen davon, daß sie unsozialistisch sind, nur der Gewinnung der Bauern für die Revolution. Von der Durchführung des Sozialismus in der Landwirtschaft sprechen nur der kleine Absatz 2 des Leitfahes 6, eine Anmerkung dazu und der Schluß von Absatz 1 des Leitfahes 8. Absatz 6 und Absatz 8 empfehlen sozialistische Großbetriebe nach Art der russischen Sowjetwirtschaften, die in Rußland zugegebenermaßen „nur in Ausnahmefällen“ gelungen sind, die Anmerkung zu Absatz 6 empfiehlt genossenschaftliche Zusammenfassung von Bauerngütern zu Großbetrieben, ferner Dorfgemeinschaften. Die schlechten Erfahrungen damit haben den Sowjetkongreß von 1919 allerdings dazu veranlaßt, alle gewaltsamen Eingriffe in die bäuerlichen Verhältnisse aufzugeben in der Hinsicht, „daß der bäuerliche Kleinbetrieb noch lange bestehen werde“. Das ist die vollkommene Kapitulation vor dem gewordenen bürgerlich-demokratischen Zustande.

So auffallend es nun ist, daß die dritte Internationale sich einen bürgerlich-demokratischen Zustand empfiehlt und auf die Durchführung des Sozialismus fast gar keine Rücksicht nimmt, des Rätsels Lösung ist in den speziell russischen Verhältnissen vor und während der Revolution zu suchen. In Rußland, dessen Bevölkerung zu über 80 vom Hundert eine bäuerliche ist, konnte nur eine solche Partei zur politischen Macht gelangen und sie behalten, welche die Sehnsucht der unglücklichen Bauern nach Land befriedigt. Die Bolschewisten taten das, hofften jedoch, auf die oben angegebene Weise die Umwandlung ins sozialistische Stadium weiter zu treiben zu können. Da die Bauern dem widerstreben und die Sowjetmacht auf ihre Hilfe angewiesen ist, gelang ihnen das nicht. Andererseits sind die Bauern die mächtigste Stütze der Sowjetmacht, weil ihr Sturz Rückkehr des alten Regimes und Verlust des Landes für sie bedeutet. Die Empfehlung desselben Vorgehens in den Kolonien wieder ist in dem Kampf der Sowjetmacht gegen den englischen Imperialismus begründet.

Es soll das kein Vorwurf gegen die russischen Genossen sein. Diese bürgerlich-demokratische Umwandlung, welche die kapitalistischen Weststaaten schon vor fast hundert Jahren überwunden haben, war für Rußland eine historische Notwendigkeit, die Geschichte bediente sich der Bolschewisten nur als der Vollstrecker dieser Notwendigkeit, denn bei dem Drama der Geschichte sind die Menschen nicht die Verfasser, sondern nur die Schauspieler und Statisten. Ob die Bolschewisten ihre Rolle aber erkannt haben, kann zweifelhaft sein, da sie die Umwandlung auch für Länder empfahlen, welche sie schon überwunden haben. Nur diesen Vorwurf kann man ihnen machen.

Ferner muß betont werden, daß die geschilderten Maßnahmen eine Anpassung an die dortigen berechtigten Machtverhältnisse darstellen, d. h. opportunistisch sind. Und die Russen empfahlen diesen Opportunismus auch den Genossen anderer Länder. Dann aber haben sie kein Recht, solche fremdländischen Genossen als Opportunisten zu beschimpfen, die in anderen Angelegenheiten den derzeitigen realen Machtverhältnissen ihres Landes Rechnung tragen zu müssen glauben.

Ich habe all diese Verhältnisse ausführlicher in der letzten Nummer des „Sozialisten“ geschildert. Ich bin dort zu dem Schluß gekommen, daß das Agrarprogramm der dritten Internationale mindestens für Deutschland nicht paßt, da es aus speziell russischen Verhältnissen abgeleitet ist; ferner daß es, abgesehen von den darin empfohlenen, aber jedem Sozialisten längst geläufigen, Sowjetwirtschaften und genossenschaftlichen Dorfgemeinschaften, kein sozialistisches ist und den in Breslau abgelehnten Agrarprogrammen gleicht wie ein Ei dem andern, ja, durch die Empfehlung der rein liberalen Landaufteilung unter die Bauern sogar noch unter sie heruntergeht.

**Die Ernährungskrise.** Nach einer als zuverlässig anzulehrenden Information der „München-Augsburger Abendzeitung“ beträgt der Minderertrag der diesjährigen Ernte im Reich 17,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das neue Erntejahr ist bereits die Weilung an die wachsenden Stellen ergangen, daß eine Verringerung des Mischungsverhältnisses bei der Erzeugung vorzuziehen ist, falls dies nicht erfolgen darf. Es bleibt also bei der bisherigen Qualität des Brotes.

**Unruhen in Jugoslawien.** In Kroatien haben sich große Unruhen abgepielt; es kam zu rücksichtslosem Einschreiten der serbischen Truppen. Die Zusammenstöße forderten unter den Bauern und Gendarmen zahlreiche blutige Opfer. Besonders von den Serben wird in Kroatien und Slavonien für die Habsburger eine rege Propaganda entfaltet.

**Die amerikanischen Mißstände** unterwegs. Der erste Transport amerikanischer Mißstände ist unterwegs. Sachen wird wegen seiner schlechten Ernährungsweise besonders berücksichtigt. Die Milch der Kühe ist nur für Heimstätten und Kinder bestimmt.

## Die Wrangelfront

### Die Pläne der französischen Imperialisten

Nachdem das polnische Abenteuer nicht zu einem vollen Erfolg geführt hat, sind die französischen Imperialisten bemüht, ihre ganze Unterstützung dem Rebellengeneral Wrangel angedeihen zu lassen. Der Vormarsch, den er von der Krim aus angetreten hat, war nur möglich durch die Unterstützung der französischen Imperialisten. Sie erst haben das Rebellenhauptquartier ausgerüstet und operationsfähig gemacht. Nach den neuesten Meldungen aus Moskau gehen die Rüstungsarbeiten in der Krim im verstärkten Maße weiter. Eine große Anzahl weittragender Geschütze soll in den letzten Wochen dort eingetroffen sein. Auf der Verleumdung sollen französische Ingenieure drei Befestigungslinien angelegt haben, ähnlich wie dies bei Verdun geschehen war. Drei weitere Befestigungslinien sperren die Landenge vom Hinterlande ab. Große Artillerie- und Flugzeugparks sollen dortselbst konzentriert sein, ferner Tanks verschiedenen Kalibers. An den Küsten der Landenge kreuzt eine nachgehende mit weittragenden Geschützen besetzte Flottille.

Der Versuch Wrangels, das Donezgebiet, jenes für die russische Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Kohlengebiet, zu besetzen, scheint vorderhand mißlungen zu sein. Wie es heißt, befinden sich die Truppen Wrangels im Rückzug, auch der Vormarsch auf Odessa und Nikolajew verlangsamt sich, da die Rottruppen an dieser Stelle hartnäckigen Widerstand leisten. Wrangel sucht inzwischen nach neuen Bundesgenossen. Die finnische Presse macht darauf aufmerksam, daß er die Unabhängigkeit Finnlands bisher noch nicht anerkannt habe, die Entente habe aber Schritte unternommen, den Rebellengeneral zur Aenderung seines bisherigen Standpunktes zu bewegen. Wrangel wird natürlich seinen Augenblick jögern, dem Verlangen nachzukommen, sofern ihm daraus ein neuer Bundesgenosse entsteht. Aber die Imperialisten der Entente und ihre Werkzeuge im Osten werden schließlich doch noch ihre Enttäuschung erleben. Wrangel kann versprechen, was er will. Die Frage ist die, ob er seinen Wechsel einlösen wird. Rußland ist mit den Räuberhauptmännern Kollischal, Denikin, Judenitsch fertig geworden. Es wird auch dem von der Entente großgezüchteten Unternehmen Wrangels die Spitze zu bieten wissen. Wie weit die Absichten Wrangels gehen und welche Rolle dabei besonders Frankreich spielt, geht aus einem Moskauer Bericht hervor, in dem es heißt:

„Von Frankreich wurde eine Aktion gegen die Sowjetmacht an der Südküste Rußlands vorgeschlagen, eine Intervention, die auf die fruchtbarsten Gebiete der Ukraine abzielt. Der Angriff auf Petrograd ist mißlungen und die Gelegenheit, ihn zu wiederholen, scheint ungenügend, da weder Finnen noch Esten, noch Letten sich von der Entente locken lassen wollen. Auch der polnische Marsch auf Moskau erwies sich als mißlungen, da das weiße Polen nicht imstande war, ein solches Unternehmen durchzuführen. Trotz der kriegerischen Pose Pilsudskis wünschen viele einflussreiche Kreise Polens den Frieden. Nur die von Wrangel geführten russischen Konterrevolutionäre können sich mit der Sowjetregierung nicht verständigen. So sehen die französischen Imperialisten und Bourgeoisie ihre Hoffnungen auf Wrangel, und da sie in der Ukraine viele der Sowjetmacht feindliche Elemente zu finden hoffen, versuchen sie, die zahlreichen ukrainischen Banditentrupps auf ihre Seite zu ziehen. Wrangel hat sogar versucht, eine „ukrainische Regierung“ zu bilden. Die französischen Imperialisten wagen ein hohes Spiel, indem sie ihre Mittelmeerflotte und schwarze Truppen an die Schwarzmeer-Küste schicken. So ist Sowjetrußland genügend gewarnt vor dieser neuen Drohung des französischen Imperialismus, und es ist bereit, den Pariser Wächern die nötige Antwort zu geben.“

Ohne Rücksicht auf die kritische Haltung, die sich die westeuropäische Arbeiterklasse Sowjetrußland gegenüber vorbehalten muß, wird sie wie ein Mann zusammenstehen, wenn es gilt, die Pläne der europäischen Reaktionen zum Scheitern zu bringen. Sie weiß zu gut, daß Sowjetrußland ein Vorposten der Revolution ist und daß sein Fall einen Rückschlag auf die gesamte europäische Arbeiterbewegung ausüben würde.

## Die Entwaffnungsaktion

### Die Reaktion bleibt gerüstet!

In der Sitzung vom 8. 10. 20 des parlamentarischen Beirats gab der Reichsentwaffnungsminister Peters Bericht über das bisherige Ergebnis der Entwaffnungsaktion. Er ist von dem Verlauf der Entwaffnung zufrieden, da alle Soldaten der Bevölkerung Waffen abgeliefert; in manchen Landesteilen, besonders in Hessen, gab hauptsächlich die Frauen Waffen ab. In gewissen Gegenden entfiel auf 200 Einwohnern eine abgegebene Waffe; in Großberlin auf 2000 Einwohner. Besonders viele Waffen seien in Barmbeimberg abgegeben worden und in München. In Weimar seien an einem Tage 1400 Gewehre einzeln abgeliefert worden. In manchen Landesteilen hätten Schleier die Waffen kostenlos ausgeliefert. In den Gegenden, die schlecht abgeliefert haben, sollen größere Entwaffnungsaktionen durchgeführt werden. Bis jetzt sei ungefähr die Friedensbewaffnung von drei Friedensarmekorps abgegeben worden; im ganzen etwa 4 Millionen Waffen. In Prämien seien bereits etwa 30 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Waffen der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen seien bis 1. Oktober anzumelden (Nicht abzuliefern, d. S.) Nur die schwere Bewaffnung dieser Organisationen soll in den nächsten Tagen eingezogen werden. (Also können die Gewehre behalten werden, d. S.) Ein Widerstand gegen die Entwaffnungsaktion habe sich nirgends gezeigt. Auch der bayerische Minister von Kahr habe erklärt, daß er nicht daran denke, das Entwaffnungsgebot nicht zur Durchführung zu bringen. Einzelne Regierungen gingen zu schnell vor, z. B. Braunschweig und Oldenburg. Dort habe der Reichskommissar bremsen müssen (!). Das Gebot werde durchgeführt werden. Wo später noch Waffen gefunden werden, habe der Staatsanwalt einzugreifen. In schweren Fällen werde das Gericht auch Justizhausstrafe verhängen. Schließlich vermahnte sich der Reichskommissar gegen den Vorwurf der Reichspresse, daß er mit Denunziantenmitteln arbeite und dadurch zur Verleumdung des Volkes beitrage. Er wolle nur das Gebot ausführen.

In der Debatte verlangte Genosse Dr. Rosenfeld Auskunft über die Bewaffnung der Orgesch und ähnlicher Organisationen. Auch forderte er energischeres Vorgehen zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen. Er fragte, wie viele Waffen diese Organisationen angemeldet hätten und wann sie endlich zur Ablieferung ihrer Gewehre aufgefordert werden.

Graf Beckers wünschte zu wissen, ob auch die „rote Armee“ Waffen angemeldet habe.

Der Reichskommissar erwiderte: Berichte über Waffenangelegungen der Selbstschutz-Organisationen liegen im allgemeinen noch nicht vor. Auch dem Regierungsbezirk Potsdam hat z. B. die Einwohnerwehr Beeskow 668 Gewehre, die Volkswehr

in Zehndorf 54 Gewehre und ein Maschinengewehr angemeldet. Auch die Orgesch unterliegt der Anmeldepflicht. Von einem roten Armees weiß ich nichts.

Abg. Berndt (Dnt.) war besonders von dem Mittellangens über die nichtbestehende rote Armee nicht bestiedigt. „Es ist notorisch der Sitz der roten Armee ist, muß energisch zugegriffen werden“. Als Genosse Rosenfeld ihn darauf ersuchte, doch mit seinem Willen nicht zurückzuhalten und mitzuteilen, wo die rote Armee „notorisch“ ihren Sitz habe, schweig er. Dagegen rief er noch eine lebhaftige Debatte über den Krieg hervor, worauf er von dem Abg. Hildenbrand (Soz.) und dem Genossen Rosenfeld gebührend zurechtgewiesen wurde. Die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen verlangten die Durchführung der Waffenablieferung auch in Bayern und auf den großen Gütern. Die Arbeiterchaft wird entworfen, das Land aber bewaffne sich mit jedem Tage mehr.

Auch dieser Bericht zeigt wieder, wie richtig unsere Vertreter im Reichstage handelten, als sie im Gegensatz zu den Rechtssozialisten das Entwaffnungsgebot bekämpften. Es wird immer mehr eine Handhabe gegen die Arbeiterchaft zugunsten der Bourgeoisie.

### Die Waffen der Großgrundbesitzer

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgebot sind für einzellige Güter und Gemeinden vor ihrer Entwaffnung die in ihrem Einkommen erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Diese Bestimmungen erweist sich mit jedem Tage mehr als ein Mittel, die Bewaffnung der Großgrundbesitzer immer mehr zu vervollständigen. Hier zeigt die Entwaffnungsaktion besonders deutlich, daß sie sich gegen die Arbeiter richtet, dagegen die Herren Agrarier unbehelligt läßt. Es wird Aufgabe unserer Vertreter im Reichstage sein, auf sofortige Aufhebung dieses gegen die städtische Bevölkerung gerichteten Ausnahmegerichtes zu drängen.

## Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe

Die Situation ist weiter unverändert. Das Reichsarbeitsministerium ist angeblich bestrebt, den Konflikt beizulegen. Es will sich bemühen, so schnell wie irgend möglich neue Verhandlungen zwischen den beiden Parteien anzubahnen. Mit der Leitung dieser neuen Verhandlungen ist Professor Dr. Brahm beauftragt worden, der es sich angelegen sein läßt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Verzug an den Verhandlungen zu bringen. Ueber den Erfolg dieser Bemühungen des Ministeriums ist noch nichts bekannt. Die Arbeiter und Angestellten sehen der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen.

### Losowsky nicht ausgewiesen

Wie wir schon erfahren, ist Genosse Losowsky nicht aus Deutschland ausgewiesen worden. Die Regierung hat seinen Aufenthalt verlängert, um ihm Gelegenheit zu geben, die Einreiseerlaubnis nach Italien hier abzuwarten. Bei dieser Gelegenheit wurde er allerdings an sein Versprechen, politisch öffentlich nicht hervorzutreten, erinnert.

Auch dieser Kulkoff erscheint uns unwürdig. Immerhin müssen wir betonen, daß wir die Nachricht von der Aufenthaltbeschränkung bis zum 14. Oktober von Losowsky und Genosse politisch selbst in persönlich unterzeichneten Briefen erhalten haben.

## Bergewaltigung sozialistischer Lehrer

Uns wird geschrieben: Wie im zweiten Jahre der eberntischen Republik reaktionäre Regierungen mit sozialistischer Lehrern umsprungen, mußte Genosse Lehrer Ritterbusch in Blumberg erfahren. Seit einem Jahr hat derselbe unter den Verfolgungen der reaktionären Kreise seines Ortes, welche von den Schulbehörden lebhaft unterstützt werden, zu leiden. Es gelang aber trotz aller Winkelzüge nicht, den Genossen Ritterbusch aus dem Amte zu bringen oder von seiner Stelle zu entfernen. Nun hat die Regierung in Merseburg zum entscheidenden Schlage ausgeholt und Ritterbusch einfach „im Interesse des Dienstes“ versetzt. Das ist ein Akt der brutalsten Gewalt und Verletzung im Interesse der Reaktion wäre der richtige Ausdruck dafür. Dabei müßte man Ritterbusch zu, innerhalb sechs Tagen mit Familie umzusiedeln, in eine Stelle, die ein unverheirateter Lehrer ausüben wollte, wäresich verheiratet will. Die Elternschaft von Blumberg, die in ihrer Mehrheit hinter Ritterbusch steht, verlangt, daß er unbedingt in Blumberg bleibt. Sie hat in einem Telegramm den Kultusminister, die Angelegenheit zu unteruchen und bis zur Entscheidung die Verletzung zurückzuweisen. Es sind 14 Tage verfloßen, und der Herr Minister hat noch nicht beantwortet. Montag, den 11. Oktober 1920 trat die Elternschaft in den Schulstreik ein. Nun hat der Herr Minister das Wort, oder will er sozialistische Lehrer schuldig den reaktionären Regierungsräten ausliefern?

### Basteleien im Bergbau

#### Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats stimmte einem Antrag Imbusch, Hue zu, der die Regierung erucht:

Durch sofort einzulehrende technische Kommissionen die Verhältnisse in den verschiedenen Bergrevieren und auf den einzelnen Werken prüfen zu lassen und auf eine Einführung aller eine Erhöhung der Förderung nebensprechende Veränderungen zu bringen. Insbesondere ist zu prüfen, ob nicht durch Einlegung weiterer Fördererhöhen und eine bessere Organisation der Betriebe, die einen größeren Prozentsatz der Arbeiter an direkt produktiver Arbeit bringt, höhere Fördererhöhen erreicht werden können. Um dem notwendigen Anreiz zur Bergarbeit zu schaffen und zu erhalten, auf ein richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen der Bergarbeiter und denen der Arbeiter in anderen Industrien und Gewerben hinzuwirken.

Die Bergarbeiterbevölkerung so ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, daß sie die von ihnen gewünschte Arbeit auch leisten kann. Insbesondere ist auch eine rechtzeitige und ausreichende Belieferung (Einkaufszettel) mit Karziffen durchzuführen.

Die in den Tarifverträgen festgelegte Dauer der arbeitslosen Schicht gesetzlich zu sichern und dadurch den Bergleuten die Befähigung zu nehmen, man wolle ihnen auf dem Umwege über die Leberhöhlen eine dauernde Verlängerung ihrer arbeitslosen Schichtzeit aufzwingen.

Der weitere Ausbau des Knappschaftswesens ist den Wünschen der Bergleute entsprechend mit möglicher Beschleunigung durchzuführen, insbesondere sind die Krankengelder und Pensionen den heutigen Geldwerten anzupassen.

## Der Kampf der Bergarbeiter

### Bisher eine Mehrheit für den Streik

London, 12. Oktober.

Gestern begann die Abstimmung unter den Bergleuten über die Annahme oder Verwerfung des Angebots der Grubenbesitzer. Die ersten bekanntgewordenen Ergebnisse der Abstimmung zeigen eine klare Mehrheit für die Ablehnung des Angebotes auf







# Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
7 1/2 Uhr:  
**Kabale u. Liebe**  
Neues Volkstheater  
Königsplatz Str. 66.  
7 1/2 Uhr: **Nora**

**Proletarisches Theater**  
Hafenstraße 10  
Am 13. Oktober, abds. 7 Uhr:  
Gegen der weissen Gärtnerei —  
Für Komplex-Kulturbau.

**Staatstheater**  
Opernhaus  
7 Uhr:  
**Mad. Butterfly**  
Schauspielhaus  
7 Uhr:  
**Peer Gynt**

**Deutsches Theater**  
7 Uhr: **Einige Menschen**  
**Kammerspiele**  
8 Uhr: **Brandstätte**  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlstraße  
7 Uhr: **Dantón**

**Königsgräber Str.**  
7 1/2 Uhr: **Rausch**  
Donnerstag: **Strandfrolche**  
in: **Die Götter, Kellner, Nimmann,**  
**Brandt, Fiedler, Schimr,**  
Freitag: **Blau**

**Komödienhaus**  
7 1/2 Uhr: **Der Herr Minister**  
mit **Max Pallenberg**  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**  
mit **Heidi Maffary**

**Leffing-Theater**  
Heute und Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**Das Gelübde**  
(Konstantin, Leo, Kipper, Lind)  
Freitag 7 Uhr: **Peer Gynt**  
(Kass, Grünig, Lössen)

**Deutsches Kind-Theater**  
Abendstück 7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsreise**  
(Max Adelbert, Traudl Heisterberg)

**Residenz-Theater**  
Bahnhof Jannowitzbrücke  
Untergrundbahnhaltes Röhre.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die Freundin**

**Trionon-Theater**  
Bahnhof Friedrichstraße  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der Roman einer Frau**

**Walhalla-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr, abds. 9 1/2 Uhr,  
abds. 7 1/2 Uhr: **Wald**  
Wilhelm Harstfeld in  
„Der Stolz der 3. Kompagnie“.

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Kater Lampe**

**Neues Operettenhaus**  
Direktion Jean Aron  
7 Uhr:  
**Die Csikósbaronesse**

**Friedrich Wilhelmstädtisches Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Hoheit die Tänzerin**  
Königsplatz-Theater  
(Jannowitzbrücke)  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Sänger**  
Im Beifall: **Tanz**  
**Kammer-Tanzspiele**  
Bühnenstr. 6, am Hollendorfsplatz  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Orientalisches Ballett**  
Riki Riki Ges.

7 1/2 Uhr: **Folies Caprice** 7 1/2  
Vorsicherung  
gegen Ehebruch  
mit Ferd. Grünfelder.  
7 1/2 Uhr: **Cafino-Theater** 7 1/2  
**Knorp's sel. Witwe**  
Str. 31, U.: **Der Hausdrache**

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 216  
7 1/2 abends 7 1/2  
**Haroms-Nächte**  
Sonntags 3 1/2 U. 1 Kind frei.

**Walhalla Theater**  
s. Rosenthaler Pl.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Wilhelm Marstein**  
in  
**Der Stolz der 3. Komp.**

u. b. g. Oktober-Programm  
Die 5 Karley's  
Marga u. F. Onré  
Charl. Montrell  
K. Edler u. Nickl  
Die 4 Elster's  
Mowa ??? ? ?  
Sonntags 2 Vorstellungen  
Nachmittagsvorstellung, unge-  
kürzt wie abds. Erm. Preisf.

**Passage-Theater**  
Unter den Linden 22-23  
Dir. M. Solimann  
Vorletzter Tag  
2 Aufführungen 2  
**Der Geheimbund**  
**der Falken**

Sensationelles Detektiv-  
erlebnis. 3. Meisterdetektiv  
Gena 40 in 5 Akten  
Hauptrollen:  
**Marga Lindt**  
**Baby Arnheim**

**Großer Vorkampf**  
**Breitensträter-**  
**Ekeroth**  
Im Zirkus Saal  
Der beste Vorkampfskäm-  
pfer, der je gekämpft wurde.  
Sämtliche 15 Runden  
à 3 Minuten

**Fast erblindeter Genosse**  
empfiehlt sich als Reiseerzähler.  
Friedrich, Neukölln, Alexen-  
straße 10.

**Briefmarken, Münzen**  
kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Norden 1062L.

**Berliner Theater.**  
Freitag, 15. Oktober, 1/8 Uhr:  
Zum 250. Male:  
**Der letzte Walzer**  
Musik von Oskar Straus  
mit  
**Frigi Maffary**  
Otto Sturm, Olga Engl, Robert Scholz,  
Alfred Kühne, Berthold Reihig, Paul  
Prügel, Paul Rehkopf, Wally Koch,  
Charlotte Ander, Fern Schloß, Anna  
Ellen, Conr. Calchyn, S. Molle.

**Uraufführung**  
U. T. KURFÜRSTENDAMM  
Freitag, den 15. Oktober 8 30 Uhr  
**Martyrium**  
REGIE: PAUL LUDWIG STEIN  
Hauptrollen:  
**POLA NEGRI**  
Ed. von Winterstein / Ernst Stahl-  
Nachbaur / Ernst Hofmann

**Theater am Zoo**  
Tel. Moritzplatz 16814.  
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag  
nachm. 5 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
Nützchen-Konzert  
Vorv. 11-14 u. 4-6 1/2

**Nelson-Theater**  
Kurfürstendamm 217  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die neue Komödie:  
**Total manoli!**  
Reg.: Felix Grünbaum.  
Einlag.: Theobald Tiger  
Musik von  
Rudolf Nelson.

**Circus**  
Nur noch  
kurze Zeit  
**Blumenfelder**  
Kais.-Friedrich-Str.  
am Polizei-Präsidium.  
7 1/2 Uhr:  
**Garbur-Brous**  
der Herr des Todes.

**Deutsches Theater**  
Mittwoch, 7 Uhr:  
**Einige Menschen**  
Donnerstag, 7 Uhr:  
**Der lebende Leichnam**  
(Alexander Wolff)  
Freitag, 7 Uhr:  
**Romeo und Julia**  
Reg. Wolff, Joh. Termin

**Kammer-Tanzspiele**  
Bühnenstr. 6, am Hollendorfsplatz  
Telephon: Elyon 2306.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Orientalisches Ballett**  
und **Schönheitsstänze**

**Richard Oswald-Lichtspiele**  
Kantstrasse 163  
Manolescu wird durch  
die Liebe einer reinen  
Frau geheilt  
so schreibt er in seinen  
Memoiren  
„Wer glaubt's?“  
Sehen Sie sich  
**Manolescu's**  
**Memoiren**  
den neuesten Richard  
Oswald-Film an  
**Conrad Veidt**  
als **Manolescu**  
Regie: Richard Oswald  
Einlag.: 0.40, 0.30 Uhr

**Friedrich-Wilhelmstädtisch. Theater**  
Täglich 7.30 Uhr **Berlins** Täglich 7.30 Uhr  
**größten Operettenschlager**  
muß jeder gesehen haben! **Jubelnder Beifall!**  
Da täglich ausverkauft, werden Bons nicht ausgegeben!  
**Hoheit die Tänzerin**  
Operette in drei Akten von Walter W. Goetze  
mit Elisabeth Balzer, Betty Felner, Gustav Jahrbeck,  
Kurt Mikulski, Fritz Schulz.  
Des großen Kassenandranges wegen sind die Kassen den ganzen Tag geöffnet.

**Ufa**  
7 und 1/2, 9 Uhr  
**CABIRIA**  
Der Kampf um die  
Weltbeherrschung  
**Die heilige**  
**Simplicia**  
Filmlegende in 5 Akten von  
Thea von Harbou  
**Der zweite May-**  
**Regie-Meisterfilm**  
Haupt-  
rollen: **Eva May**  
**Alfred Gerlach**  
aus **Berliner**  
7. Woche  
**Whitechapel**  
Regie: E. A. Dupont  
Hauptrollen:  
**Mierendorff**  
**Orli Bezessa**  
7. Woche  
**Sumurun**  
Regie  
**Ernst Lubitsch**  
Hauptrollen:  
**Pola Negri**  
**NOT**  
Schauerfilm in 5 Akten  
von Hans von Holten  
Regie **Rudolf Siebrach**  
Hauptrollen:  
**Lotte Neumann**  
**Reingefallen**  
B. B. Laspont in 2 Akten mit  
**Arnold Beck**  
**Der Henker**  
von St. Marlen  
Künstlerische Oberleitung:  
**Joe May**  
Verfasser und Regisseur:  
**Fritz Freisler**  
Hauptrollen:  
**Eva May**  
**Die Tarantel**  
Sensationeller Film von **Karl Fidor**  
Regie: **Rudolf Siebrach**  
**Das Valiummüdel**  
mit **Ossi Oswald**  
Wochentags ab 7 Uhr  
Sonntags Beginn 4 Uhr  
Wichtig für Hausfrauen!  
Sie suchen gute Bekleidungs-  
stoffe? Die besten Bekleidungs-  
stoffe sind die, die Sie selbst  
entwerfen! **Wiederholungs-**  
Sachen die uns bitte, es lohnt  
sich für Sie. **Ehem. Werke**  
**Wollsch & Co., Berlin SW 11,**  
Charlottenstr. 7, Reichstr. 8-11/12.

**Uraufführung**  
U. T. NOLLENDORFPLATZ  
Donnerstag, den 14. Oktober 7 u. 8 1/2 Uhr  
**PUTSCH-**  
**LIESL**  
Lustspiel von **Erich Schönfelder** u. **Tyffl Uhl**  
REGIE: ERICH SCHONFELDER  
Hauptrollen:  
**OSSI OSWALDA**  
**Josephine Dora / Hermann Thimig**  
**Viktor Janson / Albert Paulig**

**20 erstklassige**  
**Personen- und Lastautos**  
sehr billig verkäuflich  
Vermittler erhalten  
hohe Provision

**Berliner Autobau** G.m.b.H.  
Berlin N4., Chausseestrasse 39  
Fernsprecher: Amt Norden Nr. 1520

**Autoreifen und Schläuche**  
beste in- u. Auslandsware zu billigen  
Tagesspreisen in allen Größen vorrätig  
Eigene moderne Reparatur-  
u. Dampf-Vulkanisieranstalt.  
**Autobereitungs-Groß-Berlin G. m. b. H.**  
Charlottenburg 5, Windschloßstr. 10.  
Telephon: Wilhelm 1902 (582).

**Achtung!**  
Habe abzugeben einige 1000 Rollen, 1000 Meter, 10-200 Meter  
festes, warme, weiches, Stoff, 3-4-fach genäht, zu  
perlen, Regenkleid sehr schön.  
**Stecher & Müller,** **Verleger**  
Norden 1000L.

**Freundliche Einladung an alle Brillenbedürftigen**  
Hiermit bitten wir höflich um Ihren wertvollen Besuch. Jede, selbst die gute  
Ruhke-Fassung leidet im Gebrauch. Schrauben und Gläser lockern sich, die  
Feder läßt nach, der Stiel verschmutzt und anderes. Solche Mängel müssen  
beseitigt werden, ehe kostspielige Reparaturen daraus entstehen. Lassen Sie Ihre  
Kneifer und Brillen mit gleicher Sorgfalt pflegen wie Ihre Kleidung, die Sie  
doch auch regelmäßig reinigen und bessern lassen.  
Beginnen Sie noch heute damit, besuchen Sie eines unserer Geschäfte,  
dann werden Sie Ihre Freunde haben an dem fertigen Stiel, dem eleganten  
Aussehen Ihrer Kneifer usw.  
Wer bereits im Besitz und Genuß der Ruhke-Garantie ist, hat diese  
Pflege zu verlangen und noch mehr, wie kostenlosen Ersatz der zerbrochenen  
Metallteile der Fassung usw.  
Sie sind und ebenso herzlich willkommen, auch wenn Sie noch nichts bei  
uns gekauft haben, denn wir halten uns zur Pflege sämtlicher Augengläser,  
zur Förderung des Wohlbehagens aller Brillenbedürftigen, verpflichtet. Die  
erwähnten Mängel beseitigen wir Ihnen gern kostenlos. Sehen Sie jetzt gleich  
nach, ob Ihr Augenglas auch wirklich in Ordnung ist, falls nicht, dann kommen  
Sie bitte sofort zu uns, ehe aus Kleinigkeiten teure Reparaturen entstehen.  
Folge einer Einladung. Wir werden Sie freundlich empfangen und dafür  
sorgen, daß Sie uns von da ab ebenso freundlich in Erinnerung behalten.  
Ausnahmslos werden Sie sicher eines unserer Geschäfte  
finden, welches auf Ihrem Wege liegt.

**Optiker Ruhnke**  
Sind's die Augen,  
geh' zu Ruhnke!  
Charlottenburg: **Charlottenburg**  
Zoo-Str. 15  
Gde. Hertzberger Str.  
Schöneberg: **Schöneberg**  
Hauptstr. 21, Gde. Hertzberger  
Friedenau: **Friedenau**  
Hauptstr. 18, Gde. Hertzberger  
Neukölln: **Neukölln**  
Bergstr. 4, Gde. Hertzberger  
Spandau: **Spandau**  
Bergstr. 18, nahe Markt  
W Friedrich-Str. 103a  
Gde. Hertzberger-Str.  
N Friedrich-Str. 106  
Gde. Hertzberger-Str.  
Leipziger Str. 113  
Gde. Hertzberger-Str.  
Invaliden-Str. 104  
Gde. Hertzberger-Str.  
Einf.-Str. 1  
Gde. Hertzberger-Str.  
Invaliden-Str. 111  
am Berliner Weg  
SO Oranien-Str. 44  
zwischen Markt und  
Oranienplatz  
NW Friedrich-Str. 150  
Gde. Hertzberger-Str.  
C Spillmeyer Gde. Markt  
Alexander-Platz  
N Chaussee-Str. 72  
nahe Hertzberger  
S Kottbuser Damm 10  
nahe Warenhaus Damm  
O Frankfurter Allee 14  
nahe Damm  
SW Belle Alliance-Str. 4  
nahe Damm  
Schönhäuser Allee 81  
am Hf. Hertzberger







die Gewerkschaften nicht gemacht waren. Hier wäre eine gute Gelegenheit für das Zentralkomitee gewesen, in eine Aktion gegen den Abzug führend voranzugehen. Ich möchte schon jetzt die Erwartung aussprechen, daß die künftige Zentraleitung es besser versteht, Massenbewegungen zusammenzufassen und zu führen.

**Geheim:** Wenn die Kritik an der Zentraleitung von den Bundesausgütern zu kritisieren, so ist sie zu begrüßen. Wenn sie aber dann demnächst wieder angegriffene Genossen nach mehr herunterschieben, so zeigt das bloß das Niveau an, auf dem wir inzwischen angelangt sind. Wenn man ehrlich überprüft, was geleistet worden ist, so muß man anerkennen, daß getan wurde, was nicht mehr möglich ist. Nun, wo wir eine Nacht aufgebaut haben, wo wir politisch wirken können, beginnt

### das Zentralkomitee.

Das beweist, daß ein Teil der Genossen kein Gefühl für den Bestand und die Rechtfertigung der Partei hat. (Beifall.) Wenn es nicht so klappert, dann liegt es an der mangelnden Schulung und der Unklarheit dieser Genossen. (Lebhafte Beifall.) Dann lag es daran, daß in Leitungen Leute genommen wurden, die überhaupt keine sozialistische Politik treiben konnten, die jede kommunistische Parole auslachten und auszulachen wollten. (Sehr richtig.) In den hunderttausenden Debatten, in denen wir unsere Vorlesungen machen, forderien wir die anderen Mitglieder auf, ihre Stellung zu bekunden. Wir haben aber nichts vernommen. (Lebhafte Hört! Hört!) Wenn Genossen diese in-  
tinkten Verhandlungen betreten, ihre Vertrauensstellungen nicht brauchen, so überlasse ich die Beurteilung der Masse der Parteigenossen. Ich gratuliere der K. P. D. zu solchem Zuwachs. (Lebhafte Beifall.) Crispian unterstützt zu den Schulungen der Märzvorzüge die Ausführungen des Genossen Ludwig und stellt fest, daß die K. P. D. in 24 Stunden

### dreimal ihre Parole gewechselt hat.

Zur Auslegung des Programms erhebe ich die Frage: Sollen wir eine Reorganisation zur Spaltung der Partei und Gewerkschaften oder eine revolutionäre Reorganisation zur Erreichung der politischen Herrschaft? Diese Frage muß erst beantwortet werden. Werdet Euch selbst erst mal klar über den Klassenkampf und seine Notwendigkeiten. (Lebhafte Beifall.)

**Dihmann-Kranzfurt a. M.** tritt der Darstellung Koenens entgegen. Seit dem Leipziger Parteitag haben wir keinen richtigen Zusammenhalt im Zentralkomitee mehr gehabt. Im Kapp-Putsch hat die Zentraleitung kein Ruhmesblatt geerntet. Das lag an der inneren Zerissenheit, an dem gegenseitigen Mißtrauen. Wenn damals der Allgemeine Gewerkschaftsbund und die Afa nicht zum Generalstreik aufgegriffen, wäre die Einheit des Proletariats nicht hergestellt worden. Beim Abbruch waren alle der Meinung, daß der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa mit ihren neun Millionen Mitgliedern den Druck auf die Regierung ausüben könnten. Dieser Meinung waren alle Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten mit Dr. Leuz. Damals war man froh, sich an die Radikale des Gewerkschaftsbundes zu hängen, und jetzt diese Darstellung für solche Vertrauensstücke hat man nur eine kräftige Verurteilung übrig. Dihmann bemerkt an weiteren Tatsachen die Zerissenheit der Parteileitung. Zerissenheit und Unklarheit herrschten das ganze Jahr. Wenn wir die Klarheit über die Betriebsrätefrage von Richard Müller haben wollten, dann müßten wir mindestens ein halbes Dutzend Kommissare von ihm lesen. Dihmann verweist auch auf die Kundgebung des Zentralkomitees über die selbständige Betriebsrätezentrale und verteidigt seine Ablehnung gegenüber diesem Beschluß. Es gilt festzustellen: Die rechtssozialistische Politik wird uns die unstillen sein, und nimmer werden. (Widerspruch.) Rolf: Ihr von deutschen Arbeitern normieren, was Ihr für sozialistische Politik haltet? Auf dem Betriebsrätekongress war die überwiegende Zahl der U. S. V. Delegierten bei uns, und das wird auch so bleiben. Verlaßt Euch darauf, Ihr werdet immer die Räder drehen. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

**Kamroß-Niederbarnim:** Wir wissen alle die Bedeutung dieser Tagung zu würdigen. Wenn aber die Genossen Crispian und Dihmann behaupten, die Auseinandersetzungen seien auf ein tiefes Niveau gezogen worden, so möchte ich ihm raten, sich einmal im Spiegel zu belehen. Bisher ist noch auf keinem Parteitag eine solche Rede gehalten, wie heute von Crispian. Nicht einmal die ausländischen Genossen sind von ihm begrüßt worden. Kein Parteitag ist bisher so überhäuft zusammenberufen wie dieser. Die Agitation ist nur nach dem Grundgedanken: möglichst viele Mitglieder betreiben worden. Auch die Presse hat keineswegs ihre Mühe getan. Nachdem Genossen sind nicht einmal die 21 Bedingungen bekannt gemacht worden. Wenn der Genosse Crispian die Schuld an den Mißerfolgen im Kapp-Putsch der K. P. D. zuschieben versucht, so meine ich, daß man nicht mit Steinen werfen sollte, wenn man im Glashaus sitzt. Wenn irgend eine Körperhaft beim Kapp-Putsch verjagt hat, so war es das Zentralkomitee. (Beifall.)

(Vorlesung im Hauptblatt 3. Seite.)

## Gewerkschaftliches

### Der „Kampfruf“ auf dem Lügenpfade

Der „Kampfruf“, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, hat in seiner Nummer 22 wieder einmal einige Proben seiner Lügenhaftigkeit und demagogischen Kampfesweise abgeliefert. Nach der Nummer 22 des „Kampfruf“ betragen die Einnahmen der Berliner Gewerkschaften im Jahre 1919 über 11 Millionen, die Ausgaben 6 430 000 M. Diese Zahlen sind gänzlich erfunden! Weiter führt der Artikel aus: Die Einnahmenschätzung sieht so aus: Für Streikunterstützung 51 700 M.; für Arbeitslosenunterstützung 760 000 M.; für Krankenunterstützung 1 150 000 M.; für Bew.-Beamte und Sonstiges 4 498 300 M.; für Reservefonds 5 000 000 M. zusammen 11 430 000 M.

1. Beispiel: 51 700 M. auf 47 Verbände verteilt, macht pro Verband 1100 M. Schlussfolgerung: Demnach ist verdammt wenig für den Klassenkampf angewendet worden.  
2. Beispiel: Ausgabe für Krankenunterstützung 1 150 000 M., Ausgabe für Arbeitslose und Streik 811 000 M., das macht eine Mehrausgabe für Krankenunterstützung von 338 300 M. Schlussfolgerung: Demgemäß wären die Verbände überwiegend Krankenunterstützungsinstituten.  
3. Beispiel: Gesamtausgaben 6 Millionen 430 000 M., davon an Kranken-, Streik- und Arbeitslosenunterstützung 1 961 700 M., bleiben 4 468 300 M. für persönliche, kassische und sonstige Verwaltungskosten. Hinzu kommt der Kampf- resp. Reservefonds von 5 000 000 M. Schlussfolgerung: Somit sind die Gewerkschaften und Berlin überwiegend Verbandsbeamtenversorgungsinstituten und Berlin ausschließlich für Gewerkschaftsagitationen; im Nebenwese Unterstützungsinstituten mangelhafter Art. Nicht nur in Berlin, anderswo ist es ebenso.

Zur Steuer der Wahrheit führen im nachfolgenden die im Geschäftsbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend für das Jahr 1919 niedergelegten Zahlen an: Die Einnahmen betragen für 1919 62 203 746 M., die Ausgaben 52 760 000 M. Diese Verteilung sieht so aus: Streikunterstützung 25 585 916 M., Krankengeldunterstützung 109 423 M., Reiseunterstützung 20 295 M., Arbeitslosenunterstützung 7 893 318 M., Krankenunterstützung 1 467 567 M., Streikunterstützung 280 284 M., Invalidenunterstützung 211 959 M., Rechtschutzunterstützung 22 870 M., besondere Unterstützung 129 671 M., an die Haupt- und Zweigstellen 8 571 398 M., andere Ausgaben 51 60 000 M.

Der „Kampfruf“ aus den Zahlen des Geschäftsberichts für 1919 gezogenen Beispiel und Schlussfolgerungen, erweisen sich hierdurch als purer Schwundel, schamlose Verbeugung der Arbeiter und gemeine Verleumdung der Berliner Gewerkschaften. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

## Die Aussperrung bei der „Viktoria“

Die am Montag stattgefundenen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Direktion der Versicherungs-Aktien-Gesellschaft „Viktoria“ zeigten das Ergebnis, daß nach unterrichtlicher Beteiligung der nachstehenden Erklärung des Betriebsrats der Betrieb wieder geöffnet werden sollte, wenn auch die beteiligten vier Verbände dieselbe Erklärung anerkannt haben würden.

Der Betriebsrat machte seine Unterwürigkeit davon abhängig, daß erst die Kollegenschaft in einer Betriebsversammlung hierzu Stellung nehmen müsse.

Die Erklärung lautet:  
Nachdem die Direktion erklärt hat, daß sie ein Zurückgreifen auf die Vorläufigkeit des am 2. Oktober in dem Sinne, daß eine Teilnahme an den Demonstrationen Entlassungen nach sich zieht, nicht beschließt, erklärt der Betriebsrat folgendes:

„Er verzichtet die Teilnahme an passiver Resistenz oder sonstiger Arbeitsverweigerung in einer der passiven Resistenz entsprechenden Form, sowie an Demonstrationen. Er wird tun, was in seinen Kräften steht, um passive Resistenz, sonstige Arbeitsverweigerung in einer der passiven Resistenz entsprechenden Form und Demonstrationen zu verhindern.“

Falls es ihm im Einzelfalle nicht möglich sein sollte, entgegenstehenden Handlungen rechtzeitig vorzubeugen, wird er die Direktion bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen unterstützen.“

In der nun am Dienstag in den Kommerzialen stattgefundenen Versammlung aller Aussperrten wurde die Abgabe dieser Erklärung durch den Betriebsrat mit allen gegen 6 Stimmen von den circa 3500 Versammelten abgelehnt.

Eine weitere, einmütig angenommene Entschlußfassung besagt, daß die Aussperrten jetzt geschlossen zusammenhalten werden und sofort gleichzeitig, daß auch den organisationswegen alles getan wird, den Angestellten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

### „Viktoria“-Einnehmer!

Durch die Aussperrung ist der Berliner Betriebsrat an der Ausübung seiner Tätigkeit behindert. Die Kollegen werden ersucht, sich nach wie vor an die Beschlüsse der Reichskonferenz zu halten und die Unterzeichnung des angebotenen Hebervertrages abzulehnen. Das letzte Wort wird der Arbeitsminister in dieser Tarifbeschungsangelegenheit zu sprechen haben.

### Vereinigte Betriebsräte-Zentrale

Am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, abends 6 Uhr, in den Rheinischen Sälen, Müllerstr. 142, Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftskreises Groß-Berlin. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses. Die gesamte Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend ist zu dieser Generalversammlung eingeladen.

**Kernwahl von Erwerbslosenräten.** Die Unzufriedenheit bei einzelnen Gruppen von Erwerbslosen, welche sich in Demonstrationen, Versammlungen, Umzügen, sowie Angriffen gegen den bestehenden Erwerbslosenrat und gegen Beamte der Erwerbslosensicherung äußert, hat den Reichsrat veranlaßt, an die Gewerkschaften mit dem Erlaß heranzutreten, zu ordnungsmäßigen Wahlen neuer Erwerbslosensräte zu schreiten. Den Gewerkschaften werden Richtlinien erteilt werden, nach denen sie diese Wahl vorzunehmen haben. Näheres hierüber wird noch veröffentlicht werden.

**Kranführer und Anbinder der Berliner Metallindustrie.** Große Unzufriedenheit besteht unter den Kranführern und Anbindern der Berliner Metallbetriebe über die angelegte Eingruppierung. In einer am 26. September d. J. stattgefundenen Branchenkonferenz wurde hierzu Stellung genommen und beschlossen, gegen die in den Betrieben vorgenommene Unterstellung Einspruch zu erheben. Desgleichen wurde durch Beschluß festgestellt, daß in allen Betrieben, in denen Kranführer und Anbinder beschäftigt sind, sofort Verhandlungen mit den Betriebsleitungen nachzugehen sind, um eine Änderung herbeizuführen. Diese Verhandlungen können jetzt als abgeschlossen gelten und über die erzielten Resultate werden die Betriebskommissionen am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 9½ Uhr im Volkstheater, Radix 58, Bericht erstatten. — Soweit weitere Schritte in dieser Angelegenheit sich notwendig erweisen sollten, wird diese Versammlung erneut Beschluß zu fassen haben. — Zu bemerken ist ferner, daß in den Berliner Metallbetrieben annähernd 1200 Kranführer und Anbinder beschäftigt sind und daß bisher für diese Gruppe keine Unterstellung und kein Lohnunterschied bestand. Diese neue Maßnahme gilt zweifellos als eine Verleumdung des bisherigen Entlohnungszustandes.

**Arbeitslose Preisener.** Freitag vormittags 10 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Referent Rolf Ketter. Der Verband und die Arbeitslosenvertretung. Wahl der Vertreter.

**Abend:** Ullrich-Kongress. Die für Donnerstag, 8. Uhr nach, gestrige Verhandlung soll aus. Näheres in den Versammlungen. Die Streikleitung.

## Groß-Berlin

### Ein Stiefkind der Magistrats

Arbeiterleidung, die nicht an den Mann gebracht werden kann, heißt die Stadt Berlin in großer Menge. Nicht etwa, daß sich keine Abnehmer dafür finden, nein, diese kommen in großer Anzahl, nur können sie infolge mangelnder Verkaufsräume nicht abgefertigt werden. Durch die Betriebswerkstätten der Stadt Berlin werden alte Müllsäcke und Wälder wiederhergestellt und zu mäßigen Preisen zum Verkauf gebracht. Ein Daniel kostet ca. 100, eine Hofe ca. 40, ein Toppe ca. 30 Mark, und gibt es Kinderanläge, die preiswert sind. Die Betriebswerkstätten der Stadt Berlin sind eine neuere Einrichtung. Es ist zu wünschen, daß diese noch weiter ausgebaut werden. Die zur Verfügung stehenden Räume sind für die große Anzahl der Beschäftigten dies zu eng. Dadurch verhält auch bei diesen noch immer die Beschäftigung von Heimarbeiterinnen (ca. 700). Es ist zu wünschen, daß für die Betriebswerkstätten sofort entsprechende ausreichende Arbeits- und Lagerräume beschafft werden. Ganz unhaltbar aber ist der Zustand in der Verkaufsstelle, diese ist in einem kleinen Raum untergebracht, in dem unter normalen Verhältnissen kaum drei Mann arbeiten können, der aber zur Abfertigung des laufenden Publikums völlig ungeeignet ist. Infolge des Beharls an preiswerter Arbeiterleidung ist der Andrang groß. Aber es können nur immer sechs Käufer in den Raum, die sich beim Anpassen der Sachen behindern, die anderen müssen auf dem Hof warten. Es werden schon jetzt Kammern abgegeben, da nicht alle abgefertigt werden können. Dem Personal wird damit die Arbeit außerordentlich erschwert, die Käufer werden unnötig belästigt, da sie bei den bestehenden Verhältnissen manchmal unabgerichtet gehen müssen. Der beschuldigte Magistrat der Käufer setzt sich dann oft recht unbedeutend gegen das Personal. Uns wird zwar berichtet, daß man bemerkt hat, andere Räume zu beschaffen, aber daß bisher alles vergeblich gelaufen ist. Inkrates Erachtens ist man aber doch nicht so energisch daran gegangen wie es notwendig wäre, denn nicht hätte man einen Ausweg gefunden. Für die Massenleidung sind doch Turnhallen bereit gestellt worden, sollte das nicht auch für den Vertrieb von Kleidung an Massen möglich sein?

### Arbeiter-Bildungsschule U.S.V.

Die Sonntagsvormittags-Vorlesungen im Großen Schauspielhaus in der Karlstraße: „Proletarische Feiertage“ haben die Erwartungen, die wir an sie stellen, erfüllt. Sie sind für unsere Genossen und Genossinnen Stunden geistiger Sammlung geworden, die uns empfehlen aus den Kriegerstunden des notwendigen täglichen Kleinlebens. In dem Streben nach einer höheren proletarischen Kultur werden hier die Massen zusammengeführt. Musik, Gesang, Ansprache und die Vortragskunst von Frau Durlach bereiten uns diese Feiertage.

Die nächste Veranstaltung findet statt: am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus in der Karlstraße. Unter Mitwirkung von Frau Ida Durlach: Proletarische Feiertage.

itation; Frau Ida Horst zur Neben: Selang; Herr Godfried Jeelander: Violoncello; Herr Dr. Drensen: Orgel; Genosse Felix Stöckinger: Ansprache.

Eintrittsstärke zu 250 Mk. sind zu haben in unserem Bureau, Breite Str. 8-9, in der Buchhandlung „Freiheit“, Expedition Büchli, Johannisstr. 9, bei den Bezirksfunktionären, im Parteibureau Neudamm, Redastr. 3.

### Sprechchor für die proletarischen Feiertage

Neue Wege im proletarischen Kunstschaffen werden beschritten durch die Gründung des Sprechchors. Eine Dichtung von Ernst Toller, eigens für diesen Zweck geschrieben, wird von einem Chor, Männer, Frauen und Jugendlichen gesprochen als Einleitung zu den jeweiligen Feiertagen. Die Teilnehmer an diesem Chor brauchen nicht Sänger zu sein, wie vielfach angenommen wird; Die Teilnehmerzahl muß aber noch erheblich größer sein. Die nächste Übung findet am Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Viktorstr. 35 statt. Einleitend wird Genosse Keilberg einen Vortrag halten über: „Die Bedeutung unserer Teilnahme an Werken zeitgenössischen Kunstschaffens“. Alle Beteiligten und neue Teilnehmer bitten wir, pünktlich zu erscheinen.

**Juristische Sprechstunde von heute ab wieder von 1/6 bis 1/8 Uhr abends in unseren Redaktionsräumen, Breite Straße 8-9.**

**Petroleumpreise.** Die Kleinhandlärer dürfen bei der Oktoberverteilung 1920 das Petroleum ab Laden nicht höher als 6 Mk. das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 6,10 Mk. das Liter berechnen.

**Zweck und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft** lautet das Thema, über das Dozent Dr. phil. Oskar Stille am Freitag, den 13. Oktober 1920, abends 8 Uhr, im Reform-Realgymnasium an der Parkseite in Lichterberg auf Veranlassung der Volkshochschule des 17. Verwaltungskreises sprechen wird. Der Zutritt zu diesem Vortrag ist unentgeltlich. Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte werden dazu insbesondere dringend eingeladen.

**Billets zur Proletarischen Feiertage** am 17. Oktober 1920 im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, sind in der Filiale Parkstraße 80 zu haben.

**Verloren** am 11. Oktober in der Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker bei Klem, Halenbeide, ein gummiertes Heftzeug. Da Verlierer erspürungsfähig, wird um Abgabe an Habermilski, Rathsstr. 14, gebeten.

**Sprachkurse** sind an in dem neuen Vorlesungsverzeichnis der Lichterberger Volkshochschule (Verwaltungsbezirk 17) vorzulesen. Sie finden in Lichterberg und Karlshorst statt und sollen Kenntnisse in der englischen, französischen und russischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene vermitteln. Als Dozenten für Englisch sind die Studienräte Dr. Köhler-Lichterberg, Herrs-Karlshorst, Dr. A. Friedberger-Lichterberg, Bergmann-Berlin und Dr. Böhm, Lichterberg, für Französisch die Studienräte Einmüller-Berlin, Dr. Sogger-Lichterberg, Dr. Gerla, Lichterberg, ferner Dr. Rosenberg, Karlshorst und Dr. Luchner-Berlin, für Russisch der Lehrer am Seminar für orientalische Sprachen, A. Cosak, gewonnen worden. Die Hörgelder betragen für Kurse von 10 Abenden 7,50 Mk., für solche von 20 Abenden 15 Mk. Teilnehmer unter 18 Jahren werden auch für Sprachkurse nicht zugelassen, außer, wenn sie nachweisen, daß sie einen früheren Kursus besucht haben.

Die neue Nummer der „Freien Welt“ bringt mehrere erschütternde Bilder von den unglücklichsten Opfern des Krieges. Das sind jene, die noch heute in den Lazaretten sind und zum zwanzigsten, dreißigsten, vierzigsten Male operiert werden müssen. Ihr Gesicht, manchmal der halbe Kopf, wird künstlich aus Fleisch und Knochen, die ihnen aus dem eigenen Körper herausgeschnitten werden, neu ersetzt. Die Bilder sind jarrhart, aber gerade die sozialistische Presse ist verpflichtet, die Wahrheit rücksichtslos zu sagen, auch wenn sie nicht schön aussieht. Die Nummer enthält ferner einen illustrierten Artikel „Berliner Rummelplätze“, ein Gedicht und ein Bild des großen amerikanischen Dichters Walt Whitman, den „Arbeiter-Bücher-Klub“, die Schandurteil, Sportbilder von Roman, eine Karikatur und weitere Textbeiträge. — Preis des Heftes 60 Pfennig.

### Aus den Gemeinden

**Maricendorf.** Die letzte Gemeindevorstellung, die zugleich die Schlußsitzung des Gemeindeparslamentes überhaupt war, brachte, wie fast jedesmal vorher, heftige Zusammenstöße unter Vertreter mit dem Gemeindevorsteher, seinen rechtssozialistischen Genossen und bürgerlichen Vertretern. Wurde doch versucht, die letzte Sitzung zu mißbrauchen, um noch eine Reihe von Beförderungen und Pensionierungen vorzunehmen, sowie den ausbleibenden Schöffen eine Gratifikation von 1500 M. zu geben. Unsere Vertreter machten durch all diese Pläne einen Strich, was zur Folge hatte, daß die Gegner, einschließlich der Rechtssozialisten, versuchten, durch persönliche Angriffe unsere Genossen herabzusetzen. In Ermangelung von Tatsachen, suchte man sich mit Entfindungen auszuheilen.

Zum Schluß der Sitzung sprach Genosse Käter als Vertreter der hiesigen Fraktion im neuen Bezirksparlament einige Abschiedsworte. Er wies darauf hin, daß wir, wie schon bei der Ertragsberatung im vorigen Jahre von unserem Fraktionsvorsteher gesagt, nicht viel erreicht haben, daß aber Dank der zähen und unermüdeten Arbeit namentlich der Genossen Käter und Günther, das Kinderheim als ein dauerndes Denkmal unabhängiger Kommunalpolitik in Maricendorf aufgeführt wurde, trotz der offenen und perfiden Widerstände, die hauptsächlich von einigen Mitgliedern der S. P. D. geleistet wurden. Der Abbruch von der Gemeindevorstellung fällt uns deshalb sehr leicht, weil dieses Parlament schon längst, nicht erst seit dem 20. Juni, keine Erfüllungsbeziehung verloren hatte.

Nach diesen Worten verlas der stellvertretende Gemeindevorsteher seine Abschiedsrede.

**Witz.** Eine stark besuchte öffentliche Versammlung protestierte am Montag abend gegen den Gewaltstreik der preussischen Landesverwaltung. Gen. Rosenzweig schiederte ausführlich die Schwierigkeiten bei der Bildung des Magistrats in Berlin und die Vorgänge in der Preussenversammlung. Er forderte die gescheiterte Front der gesamten Arbeiterklasse gegen die immer frecher auftretende Reaktion. Gen. A. Schröder berichtete über die „Brieger Reaktion“ und konnte mitteilen, daß die belohnten Gemeindevorstandsmitglieder sich einen „guten Abgang“ verschaffen, indem sie hinter dem Rücken der Gemeindevorstellung mit Hilfe des Kreisauschusses sich ganz beträchtliche Gehaltszulagen im letzten Augenblick bewilligen. Ob dies Verfahren gänzlich unzulässig und wie dies möglich war, dazu soll eine außerordentliche Sitzung der Gemeindevorstellung Stellung nehmen.

### Aus den Organisationen

1. Bericht. Kinderkutschentag. Freitag, 10. Okt. bei Hermann, Krebsstr. 28.
2. Bericht. Kinderkutschentag. Freitag, 10. Okt. bei Hermann, Krebsstr. 28.
3. Bericht. Kinderkutschentag. Freitag, 10. Okt. bei Hermann, Krebsstr. 28.
4. Bericht. 1. Abteilung. Mittwoch, abends 7 Uhr, gemeinschaftlicher Jahrsabend im Wirtshaus des „Arbeiter-Klub“, Rathsstr. 14.
5. Bericht. 2. Abteilung. Mittwoch, 6 Uhr, Abteilungsabend, Schöneberg, Rathsstr. 14.
6. Bericht. 3. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
7. Bericht. 4. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
8. Bericht. 5. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
9. Bericht. 6. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
10. Bericht. 7. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
11. Bericht. 8. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
12. Bericht. 9. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
13. Bericht. 10. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
14. Bericht. 11. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
15. Bericht. 12. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
16. Bericht. 13. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
17. Bericht. 14. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
18. Bericht. 15. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
19. Bericht. 16. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.
20. Bericht. 17. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, gemeinsamer Jahrsabend bei Fritz, Garmisch-Str. 42.